

Franke

Film-Überprüfstelle.

Berlin, den 5. März 1924.

Tgo. Nr. 90/24.

Misdachsicht

Vorsitzender:

Regierungsrat Dr. Seeger.

Beisitzer:

Dr. Maschke (Lichtspielgewerbe)  
Red. Engel (Kunst und Literatur)  
Dr. Ledewig und  
Frau Reits } Volkswohlfahrt).



Zur Verhandlung über die Beschwerde der Firma Münchener Filmindustrie, betreffend den Bildstreifen

"Orchideen"

erschien niemand.

Ber Bildstreifen wurde vorgeführt, die den Gegenstand der Beschwerde bildenden Photos lagen vor.

Die angefochtene Entscheidung und die Beschwerde wurden vorlesen.

Es wurde folgende

Entscheidung:

verkündet:

I. Die Entscheidung der Filmprüfstelle München vom 23. Februar 1924 - Nr. 1235 - wird, wie folgt, abgeändert:

1. Verboten sind nur folgende Teile: In Akt II die Darstellung der Orchideen-Tänzerin in Grossaufnahme, bei der die Brüste der Tänzerin nackt sind. Länge 4,10 m.

2. Die Bilder No. 15 und 17 werden zum öffentlichen Aushang im Deutschen Reich zugelassen.

II. Die Entscheidung ergibt gebührenfrei.

(Firmata)

Der Bildstreifen, auf dessen zutreffende Beschreibung im Vorderurteil Bezug genommen wird, ist von der Prüfstelle zugelassen worden mit Ausnahme der Teile, die die Orchideen-Tänzerin in Grossaufnahme zeigen.

zeigen. Die entsprechende Bildreklame ist ebenfalls verboten worden.  
No. 15 und 17).

Hiergegen richtet sich die von zwei Beisitzern erhobene Beschwerde.  
Die Beschwerde ist nur zu einem Teil begründet.

Die dargestellte Tänzerin ist bis zu den Hüften unbekleidet, die  
Brüste sind durch eine Art Leibchen verdeckt, in zwei Bildern unver-  
hüllt. Nach ständiger Rechtsprechung der Film-Überprüfstelle ist körper-  
liche Nacktheit nur dann geeignet, entzückend zu wirken, wenn sie  
in lästerlicher, auf Erregung der Sinnlichkeit abzielender Form dargeboten  
wird.

Das ist nur bei den Szenen der Fall, in denen die Tänzerin - nach  
der dem Bildstreifen zugrunde liegenden Handlung eine Tibotnerin - bis  
zum Gürtel völlig unbekleidet ist.

Hieraus rechtfertigt sich die ergangene Entscheidung.

Die Kostenentlastung folgt aus § 12 Abs. 2 des Lichtspielgesetzes  
vom 5. Mai 1920 und § 5 Satz 2 der Gebührenordnung vom 25. November 1921  
in der Fassung der Verordnung vom 16. November 1923 (Reichsministerial-  
bl. S. 1033).

gez. Seeger.

Beigabt:

*W. J. H.*

Regierungsinsektor.

